

Droht eine Kürzung des OGS-Angebots?

Der SKFM, Träger des Offenen Ganztages an der Lindenschule, hat einen Hilferuf an die Politik gesandt.

VON ANNA MAZZALUPI

WÜLFRATH Es ist ein Hilferuf, den der Sozialdienst für Frauen und Männer, kurz SKFM, an Politik und Stadt bereits im Februar geschickt hat. Seit 20 Jahren ist der SKFM verlässlicher Träger des Offenen Ganztages (OGS) an der Lindenschule. Doch die gestiegenen Lohnkosten machen inzwischen die Finanzierung schwierig. Deshalb hat der Träger einen Antrag an die Stadt beziehungsweise die Politik gestellt, indem es um eine Erhöhung des städtischen Anteils zur Finanzierung ab 2024 geht – und das bereits im Februar.

Nun stand das Thema auf der Agenda des Schulausschusses. Hier wurde allerdings noch nichts beschlossen. Im öffentlichen Teil wurden die Säulen der Finanzierung präsentiert. Neben den Landeszuschüssen in Höhe von 833.844 Euro für das Schuljahr 2023/2024 fließen 620.400 Euro an Betriebskostenzuschüssen an die drei OGS-Träger in Wülfrath. Davon stammen 471.062 Euro aus den Elternbeiträgen für die OGS. Dieser Wert variiert immer ein wenig, da der Betrag immer nach den jeweiligen Einkommen der Eltern festgesetzt wird. Die Stadt, so die Verwaltung, leistet einen Beitrag von 150.000 Euro. Denn der Zuschuss der Stadt beträgt rund 100 Euro pro Kind. Aktuell gibt es 517 OGS-Kinder in der Stadt, 191 davon sind an der OGS Lindenschule. Insgesamt sind es rund 1,45 Millionen, die in den Offenen Ganztage in Wülfrath fließen.

Im nicht-öffentlichen Teil wurde zwar über die konkreten Zahlen diskutiert. Das Gremium hat die Verwaltung aber lediglich mit einer vertiefenden Prüfung beauftragt, deren Ergebnis in einer der kommenden Sitzungen des Schulausschusses vorgestellt werden soll.

Für Lilo Löffler, Geschäftsführerin des SKFM, unverständlich. „Wir sind am Limit“, sagt sie ganz klar im Gespräch mit der RP. Die Tarifsteigerungen in diesem Jahr bedeuten Mehrkosten von 40.000 Euro jährlich für den SKFM. Denn der Träger zahlt als einziger der drei Anbieter des Betreuungsangebotes in der Kalkstadt seine 14 pädagogischen Fachkräfte der sieben OGS-Gruppen an der Lindenschule nach dem Ta-



Seit 20 Jahren ist der SKFM der Träger der OGS an der Lindenschule. Doch die Finanzierung ist ein immer größeres Problem.

ARCHIVFOTO: BLAZY

rifvertrag des öffentlichen Dienstes. In 2023 gab es massive Tarifsteigerungen. Hinzu kommt zu den allgemeinen Steigerungen auch die Sozial- und Erziehungsdienst-Zulage, die rückwirkend seit Juli 2022 gilt.

Man sei nicht gegen die Lohnerhöhung, betont Löffler. Im Gegenteil: „Den Mitarbeitern gönne ich das, sie leisten einen sehr guten Job und das ist eine angemessene Anerkennung“, betont sie. Nur aus eigenen Mitteln kann der SKFM das nicht mehr leisten.

Deshalb hatte Löffler bereits im Februar 2024 einen Erhöhungsantrag an die Stadt und den Schulausschussvorsitzenden Martin Sträßer (CDU) gestellt. Denn seit 2017 ist der Zuschuss in Höhe von 100 pro Kind unverändert geblieben. Eine Steigerung von acht Prozent für 2024 sowie eine dynamische Steigerung ab

INFO

Mehraufwand von 40.000 Euro jährlich

Kosten Der SKFM bezahlt seine 14 pädagogischen Kräfte für sieben OGS-Gruppen als einziger Träger in Wülfrath nach Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst. Die Entlohnung ist gestiegen. Die Mehrkosten belaufen sich inzwischen auf 40.000 Euro

jährlich, die der SKFM nicht mehr aus eigenen Mitteln bezahlen kann, so SKFM-Geschäftsführerin Lilo Löffler.

Zuschuss Der städtische Zuschuss zur OGS beträgt seit 2017 unverändert 100 Euro pro Kind. Der SKFM wünscht sich eine einmalige Erhöhung im acht Prozent für 2024 sowie eine dynamische Steigerung ab 2025.

2025 wünscht sich der SKFM, um die bisherige Qualität halten zu können. „Wir machen die Arbeit wirklich gerne“, betont Löffler.

Doch anders als in der Nachbarstadt Mettmann, wo der Sozialdienst insgesamt drei OGS-Einrichtungen betreibt, hat sich die Politik noch nicht für eine Erhöhung

ausgesprochen, hat das Thema geschoben. Den SKFM bringt das weiter in Bedrängnis. Sollte die Politik nicht bald für eine Anpassung der Zuschüsse stimmen, müsste das Angebot reduziert werden. Konkret bedeutet das, dass zum Beispiel die Öffnungszeiten angepasst werden müssten, erläutert Löffler. „Wir

können dann nicht mehr bis 16 Uhr öffnen und müssten schon um 15 Uhr schließen.“ Auch die Betreuungszeiten in den Ferien müssten gänzlich gekappt werden. Das träfen dann letztlich wieder die Eltern, gibt sie zu bedenken.

Wenn das Personal nicht mehr mit der bisher geplanten Wochenstundenzahl rechnen könnte, könnte eine weitere Folge sein, dass sich die Mitarbeitenden nach anderen Arbeitgebern umschauen, befürchtet Löffler als weitere Konsequenz. Das wiederum habe Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung. Denn bislang arbeitet der SKFM mit kontinuierlichem, hauptamtlichem Personal. Feste Bezugspersonen seien auch wichtig für die zu betreuenden Kinder. „Da ist ein unglaubliches Desaster“, bringt sie die Konsequenzen auf den Punkt.